

Zusammenfassung des Berichts zum Förderprojekts „Sektorenübergreifende Versorgung Südbaden“

– Das Projekt wurde unterstützt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Landesmitteln, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat. –

Nach dem Gesundheitsleitbild Baden-Württemberg wird der Ausbau der Versorgungsstrukturen angestrebt, der sich partizipativ, vernetzt und regional gestalten sollte. Dabei soll die Zusammenarbeit verschiedener Fachdisziplinen im Gesundheitswesen gefördert werden, um eine effiziente sektorenübergreifende Versorgung herzustellen und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu verbessern. Dies umfasst die Bereiche ambulante und stationäre Versorgung, Gesundheitsförderung und Prävention, Rehabilitation, Pflege, Arzneimittelversorgung, soziale und kommunale Angebote sowie Palliativversorgung. Um die sektorenübergreifende Versorgung weiter auszubauen, ist eine Datengrundlage zu den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens erforderlich. Das Projekt „Sektorenübergreifende Versorgung Südbaden“ (2020-2021) hatte zum Ziel, eine solche Datengrundlage zur ambulanten hausärztlichen Versorgung, stationären Versorgung und Notfallversorgung im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg zu erarbeiten. Zusätzlich wurde eine Bestandsaufnahme über die Bedürfnisse der Bürgerschaft mithilfe einer Bürgerumfrage durchgeführt.

Zusammenfassung:

Das Förderprojekt „Sektorenübergreifende Versorgung Südbaden“ wurde im Zeitraum 15.12.2020-31.12.2021 im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (LKBH) und Stadtkreis Freiburg (SKFR) durchgeführt. Es wurden in Kooperation mit Prof. Dr. Kirsten Steinhausen, Prof. Dr. Melanie Schnee und Prof. Dr. Christian Weidmann von der Hochschule Furtwangen sechs Arbeitspakete (AP) erstellt, welche sich mit der sektorenübergreifenden Versorgung in der Region auseinandersetzen.



AP 1: In der digitalen Bürgerumfrage wurden Fragen zur medizinischen Versorgung, Informationsbeschaffung und Nutzung digitaler Angebote gestellt. Das Ergebnis zeigte, dass die Bürgerschaft im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (LKBH) und im Stadtkreis Freiburg (SKFR) ihre subjektive Gesundheit im Vergleich zum Bundesdurchschnitt positiver einschätzte. Die Bürgerinnen und Bürger äußerten den Bedarf an E-Health und telemedizinischen Angeboten. Zudem wurde der Wunsch nach Informationen zu präventiven Maßnahmen und Gesundheitsdienstleistungen, insbesondere im Bereich psychischer Erkrankungen, geäußert. Im Rahmen des Arbeitspakets wurden Seniorinnen und Senioren zu digitalen Gesundheitsbotschafterinnen und -botschaftern ausgebildet. Durch diese Ausbildung konnten sie ihre digitalen (Gesundheits-)Kompetenzen erweitern und sie wurden dazu befähigt, ihr erlangtes Wissen und ihre Erfahrungen in der digitalen Gesundheitsversorgung an andere weiterzugeben.

AP 2: Die Erhebung zur medizinischen Versorgung im SKFR und im LKBH ergab, dass die Region über eine gute medizinische Versorgungsstruktur und über ausreichend Haus- und Fachärztespersonal verfügt, um den Bedarf angemessen zu decken. Jedoch wird für die Zukunft insbesondere im Hochschwarzwald und im Markgräflerland eine Unterversorgung von ärztlichen Fachpersonen erwartet. Das bedeutet, dass in diesen Gebieten in Zukunft möglicherweise nicht genügend ärztliche Fachpersonen zur Verfügung stehen, um den Bedarf an medizinischer Versorgung zu decken. Im Bereich der ambulanten Versorgung wurde festgestellt, dass die Delegation von ärztlichen Aufgaben an weitere medizinische Fachkräfte (z.B. nichtärztliche Praxisassistenten) ausgebaut werden kann, um dem zukünftigen Ärztemangel in ländlichen Gebieten entgegenzuwirken.

AP 3: Im Rahmen des Arbeitspakets 3 wurde die stationäre Versorgung anhand von Qualitätsberichten der Krankenhäuser im LKBH und im SKFR untersucht. Dabei wurde analysiert, ob bestimmte Krankheitsfälle, die im Jahr 2017 stationär behandelt wurden, auch ambulant hätten versorgt werden können. Bei den Erkrankungen „Angina Pectoris“, „Influenza und Pneumonie“ sowie „Mundhöhlen- und Zahnerkrankungen“ wurde im Vergleich zum Landes- und Bundesdurchschnitt eine höhere Anzahl an stationären Behandlungen festgestellt. Durch entsprechende Präventionsmaßnahmen und Früherkennungsprogramme könnten diese Erkrankungen frühzeitig erkannt und behandelt werden, bevor es zu schwereren Verläufen kommt. Dies würde nicht nur die Kosten im Gesundheitssystem reduzieren, sondern auch die Belastung für Patientinnen und Patienten verringern, da sie in vielen Fällen ambulant behandelt werden könnten.

AP 4: Es wurde festgestellt, dass Notfallpatientinnen und -patienten im SKFR und im LKBH in der Regel innerhalb von 20 Minuten ein Krankenhaus erreichen und dort die medizinisch notwendige Versorgung erhalten. Der SKFR und LKBH verfügen über ein gut ausgebautes Netz der Notfallmedizin. Darüber hinaus bleibt es von großer Bedeutung, die Bürgerschaft zu Ersthelfenden auszubilden und über aktuelle Erste-Hilfe-Angebote zu informieren. Durch die Ausbildung der Bevölkerung in Erste-Hilfe-Maßnahmen können wertvolle Minuten gewonnen werden, bevor professionelle medizinische Hilfe eintrifft. Dies kann die Überlebenschance bei Notfällen erheblich verbessern. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Stärkung der Gesundheitskompetenz der Bürgerschaft. Indem den Menschen das nötige Wissen und die Fähigkeiten vermittelt werden, um ihre eigene Gesundheit zu verstehen und angemessene Entscheidungen zu treffen, kann die Inanspruchnahme von vermeidbaren Notaufnahmen niedrig gehalten werden. Eine gute Gesundheitskompetenz ermöglicht den Menschen, ihre

Symptome besser einzuschätzen, Informationen dazu zu finden und verstehen und im Bedarfsfall die richtige medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

AP 5: Das AP 5 beschäftigte sich mit telemedizinischen und E-Health Angeboten, da sie Möglichkeiten bieten, um die Herausforderungen im Gesundheitswesen zu bewältigen. Die Ergebnisse aus dem Arbeitspaket zu Telemedizin und E-Health zeigten, dass in der Region um den LKBH bis zum Jahr 2021 insgesamt 24 abgeschlossene und laufende Projekte durchgeführt wurden, die darauf abzielten, die Nutzung digitaler Technologien im Gesundheitswesen voranzutreiben. Es wurde festgestellt, dass die Ergebnisse und Erkenntnisse aus diesen Projekten aktiv kommuniziert werden sollten, um das Bewusstsein für die Möglichkeiten und Vorteile der Telemedizin zu schärfen und das Vertrauen der Bevölkerung in diese neuen Ansätze zu stärken. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass eine regionale Vernetzung der Telemedizinprojekte wichtige Synergieeffekte bewirken könnte und so bestehende Ressourcen effizient genutzt werden könnten. Dies kann dazu beitragen, die Inanspruchnahme von Telemedizin und E-Health-Angeboten innerhalb der Bevölkerung zu verbessern und eine breitere Akzeptanz dieser Technologien zu fördern.

AP 6: Um den zukünftigen Herausforderungen im Gesundheitswesen gerecht zu werden, wurde im Rahmen des Arbeitspakets 6 die Möglichkeit einer regionalen Versorgungskonferenz untersucht. Diese Konferenz würde Vertreterinnen und Vertreter aus den ambulanten und stationären Sektoren, einschließlich Krankenkassen, Kommunen und der Bürgerschaft, zusammenbringen. Die Untersuchungen ergaben, dass regionale Versorgungskonferenzen eine Struktur schaffen können, um die Vernetzung der verschiedenen Sektoren im Gesundheitswesen zu verbessern, die Einbindung der Bürgerschaft zu fördern und die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu stärken. Durch den regelmäßigen Austausch und die gemeinsame Planung können die verschiedenen Beteiligten besser zusammenarbeiten, um die Versorgungssituation in der Region zu verbessern.

Diskussion: Der begrenzte zeitliche Rahmen von 12 Monaten für das Projekt erwies sich als zu kurz, um alle Fragestellungen umfassend zu untersuchen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben zusätzlich dazu geführt, dass einige geplante Maßnahmen nicht wie ursprünglich geplant umgesetzt werden konnten. Insbesondere Workshops und Veranstaltungen, die als Präsenztermine im öffentlichen Raum geplant waren, konnten aufgrund der Einschränkungen nicht stattfinden. Die Zusammenarbeit mit der Hochschule Furtwangen konnte Synergieeffekte generieren, die für das Projekt von Bedeutung waren. Die Ergebnisse fließen in die Arbeit der Stabsstelle Kommunale Gesundheitsstrategien mit ein und bieten den Akteuren des Gesundheitswesens in der Region sowie der Kommunalpolitik eine Orientierung zum aktuellen Stand der sektorenübergreifenden Versorgung.

Kontakt:

Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald
Stabsstelle Kommunale Gesundheitsstrategien
gesundheitsstrategien@lkbh.de
0761 2187-3063